

*Gerhard A. Ritter*

## Sozialdemokratie und Sozialgeschichte 1909-1914

*Zu einer neueren Darstellung*

Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Propyläen-Verlag, Frankfurt/Berlin/Wien 1973, 783 S., Ln., 78 DM (unveränderte Taschenbuchausgabe, Ullstein Buch 3086, Ullstein Verlag, Berlin 1974, 19,80 DM).

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des Kaiserreiches hat, wie eine Fülle von Quellenpublikationen, Monographien zu Einzelproblemen usw. beweist, vor allem im letzten Jahrzehnt bei Historikern, aber auch bei Politologen und Soziologen ein starkes Interesse gefunden. Diesen und den neueren Untersuchungen von Fritz Fischer, Klaus Wernecke, Peter-Christian Witt und Dirk Stegmann<sup>1</sup> über das Deutsche Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges ist das vorliegende, mit seinen fast 800 Seiten sehr umfangreiche Buch über Strategie und Taktik der deutschen Sozialdemokratie vom Sturz Bülow's 1909 bis zum Kriegsausbruch 1914 auf weiten Strecken verpflichtet, ohne daß dies in genügendem Umfang deutlich würde.

Dabei ist, wie Peter-Christian Witt in einer wichtigen Besprechung gezeigt hat<sup>2</sup>, die Quellen- und Literaturbasis dieser Untersuchung recht schmal. Wichtige Werke der neueren Literatur werden nicht erfaßt, die zum Teil sehr aufschlußreichen zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Studien über die Veröffentlichungen von Lederer hinaus kaum herangezogen, und auch in seinen Archivstudien hat Groh offensichtlich wesentliche Aktenbestände nicht oder nur oberflächlich ausgewertet.

Ein wesentlicher Vorzug der Arbeit gegenüber älteren Untersuchungen liegt darin, daß sie die Geschichte der Sozialdemokratie als Teil einer Gesellschaftsgeschichte des Kaiserreiches versteht und konsequent und detailliert für die allerdings schon bisher im Vordergrund der Forschung stehenden Bereiche der Rüstungspolitik und deren Finanzierung, der Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts, der den Dualismus von Verfassungsstaat und Militärmonarchie aufdeckenden Zabernkrise 1913 und der internationalen Spannungen und Krisen bis zum Ausbruch des Weltkrieges die Politik der Sozialdemokratie und der Führungskräfte im Reich und in Preußen aufeinander bezieht. Dabei gelangen dem Verfasser neue Akzentsetzungen sowohl in der Beurteilung der Haltung Bethmann Hollwegs gegenüber der Sozialdemokratie wie besonders auch in der differenzierter als in der älteren, aber durch Groh's Buch keineswegs ersetzten Darstellung Schorskes<sup>3</sup> erfolgenden Analyse der Gruppen- und Flügelbildungen innerhalb der Führungsschichten der Partei. Die Unterscheidung von

1 *Fritz Fischer*, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969; *Klaus Wernecke*, *Der Wille zur Weltgeltung. Außenpolitik und Öffentlichkeit im Kaiserreich am Vorabend des 1. Weltkrieges*, Düsseldorf 1970; *Peter-Christian Witt*, *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschland*, Lübeck 1970; *Dirk Stegmann*, *Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897 - 1918*, Köln 1970.

2 In: *Geschichte und Gesellschaft* 2, 1976, S. 274 - 281.

3 *Carl E. Schorske*, *German Social Democracy 1905 - 1917. The Development of the Great Schism*, Cambridge (Mass.) 1955.

rechtem Flügel, Praktizisten, Zentrum, linkem Zentrum und Linksradi-kalen gibt zwar leider die seit einiger Zeit von der Forschung akzeptierte Trennung von Revisionisten und Reformisten auf dem rechten Flügel ohne Begründung auf und wird der besonderen Stellung der Gewerkschaftler in der Partei nicht gerecht, erweist sich aber im ganzen bei der Darstellung der Politik der Partei als brauchbarer als die bisherige Einteilung in drei oder vier Gruppen. Überzeugend ist im ganzen die Zuordnung der einzelnen Führungspersönlichkeiten zu den Gruppen, besonders auch die von Karl Liebknecht, der für die Zeit vor 1914 zum linken Zentrum und nicht zu den Linksradi-kalen gerechnet wird (S. 198, 218, 461). Auch die These Schorskes, daß die Spaltung der Sozialdemokratie bereits vor dem Krieg, und zwar entlang den späteren Bruchstellen, angelegt war, wird unter Hinweis auf die ursprünglich sehr viel stärkere Gefahr einer Abspaltung des rechten Flügels (S. 164 ff.) und unter Betonung der Bedeutung des Krieges für die Spaltung – da der entscheidende bisherige »gruppeninterne Integrationsfaktor« des Kampfes »gegen das herrschende System im allgemeinen und gegen den Militarismus im besonderen« durch die Burgfriedenspolitik entfiel – als »conditio sine qua non der Parteispaltung« (S. 727) mit m. E. überzeugenden Argumenten korrigiert.

Seinen wesentlichen Beitrag zur Forschung sieht Groh jedoch selbst wohl in der Anwendung sozialwissenschaftlicher Theorien und Begriffe. Sein Versuch, mit Hilfe der verschiedenartigsten Erklärungsmethoden und Ansätze vor allem aus der Sozialpsychologie, daneben aber auch der Individualpsychologie, der System- und Konflikttheorie und der Sozialisationsforschung sowie der Theorie der Massenkommunikation zu einer vertieften Interpretation von Politik und Ideologie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und der ihr gegenüberstehenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte zu kommen, muß jedoch im ganzen als gescheitert angesehen werden. In einem »grundlos vordergründig« bleibenden »Methodeneklektizismus«<sup>4</sup> werden die verschiedenartigen Modelle gleichsam beliebig nebeneinander zur Klärung verschiedener Sachverhalte gesetzt, nicht aber systematisch und konsequent angewandt. Sie bleiben damit für die Darstellung »funktionslos« (Witt). So entsteht zwangsläufig der Eindruck, daß, kaschiert durch eine unnötig aufwendige Terminologie, weitgehend nur alter Wein in neue Schläuche gegossen wird.

Die zentralen Thesen des Werkes werden bereits in dem recht schwerfälligen Titel zusammengefaßt. Nach der Auffassung von Groh war die sozialdemokratische Arbeiterschaft im Kaiserreich einem »negativen Integrationsprozeß ausgesetzt«, der »durch zunehmende ökonomische Besserstellung und Tendenzen zur rechtlichen und faktischen Gleichberechtigung einerseits bei gleichzeitiger grundsätzlicher Verweigerung der Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft und Fortdauer der Ausbeutung und der Unterdrückungsmaßnahmen andererseits« (S. 36) gekennzeichnet war. Indem nun Widerstand und Aggressionen der Arbeiterschaft gegen diesen Zustand auf den Aufbau und Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen umgelenkt wurden, die in der Wertskala der Arbeiterbewegung einen als »Organisationspatriotismus« oder »Organisationsfetischismus« bezeichneten, häufig den eigentlichen Zielen der Bewegung übergeordneten, hohen Rang erhielten, habe diese negative Integration, der das Verhaltensmuster des »revolutionären Attentismus« – d. h. des Wartens auf die mit naturgesetzlicher Sicherheit durch Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft eintretende Revolution und eine bei aller radikalen Phraseologie vor politischen Aktionen revolutionären, aber auch reformistischen Charakters zurück-

4 Vgl. die überzeugende Kritik des Buches von Helga Grebing in der IWK 10, 1974, S. 105 – 109. Weitere Besprechungen des Buches: Dieter Fricke, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 22, 1974, S. 352 – 354; Günter Radczun, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 16, 1974, S. 521 – 523; Vernon L. Lidtke, in: American Historical Review 79, 1974, S. 523 f.; Friedrich Eberle, Zur Geschichte der SPD, in: Jahrbuch Arbeiterbewegung 3, 1975, S. 323 – 328; Ursula Ratz, Zwischen Anpassung und Systemkritik. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: Neue Politische Literatur 20, 1976, S. 208 – 212; Jürgen Kocka, in: FAZ, 24. 7. 1975.

schreckenden Strategie und Taktik der Partei (vgl. S. 36, 57 u. ö.) – entsprach, ebenso zur »Stabilisierung des Wilhelminischen Reiches [...] wie zu seinem Zusammenbruch im Augenblick äußerer Belastung« beigetragen (S. 36).

Den Begriff der negativen Integration, den wir auch bei Talcott Parsons<sup>5</sup> und, von dort übernommen, in der Systemtheorie von Niklas Luhmann<sup>6</sup> finden, hat Groh aus der wichtigen Untersuchung von Guenther Roth<sup>7</sup> entliehen. Ein wichtiges Element der negativen Integration, das jedoch bereits im Konzept der »sekundären Integration« von Wolfgang Sauer enthalten ist<sup>8</sup>, war die Herausbildung und Ausbreitung einer sozialdemokratischen Subkultur, die, weitgehend als Reaktion auf die von außen aufgezwungene gesellschaftliche und politische Isolierung, in einem Prozeß der Selbstisolierung zu einem Staat im Staate, einer abgesonderten Gesellschaft neben der Gesamtgesellschaft mit einem hohen Grad gruppeninterner Integration wurde.

Diese für den inneren Charakter der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Kaiserreich weitgehend prägende Subkultur wird jedoch trotz einiger Ansätze in der bisherigen Forschung von Groh nicht thematisiert und der wohl wichtigste und auch für das Verständnis der Politik der SPD zentrale Aspekt der negativen Integration deshalb nicht für die Analyse und Interpretation fruchtbar gemacht. Ebenso fehlt die systematische Erörterung der Berührungspunkte zwischen der dominierenden Kultur und der Arbeiterschaft, die es etwa in Armee und Volksschule als den Hauptinstrumenten zur Sozialisation der Arbeiter, aber auch in der allerdings nur begrenzten Zusammenarbeit der Organisationen der Arbeiterbewegung mit bürgerlichen Kräften etwa auf kommunaler Ebene, im Bereich des Kultur- und Sozialversicherungswesens sowie beim allmählichen Ausbau des Tarifvertragssystems gegeben hat. Bei der Berücksichtigung dieser Aspekte hätte Groh einerseits seine Analyse der Tendenzen zur Einfügung und Anpassung der Arbeiterschaft in das bestehende System und seine Normen vertiefen können; andererseits wäre er aber auch gezwungen gewesen, sein Gesamtkonzept einer ausschließlich negativen Integration durch die Darstellung der Ansätze zur positiven Integration, zur Umformung der Gesellschaft durch Mitarbeit und Emanzipation der Arbeiterschaft in wesentlichen Punkten zu modifizieren und zu ergänzen.

Die mit »revolutionärem Attentismus«, »Praktizismus«, »Organisationspatriotismus« und »Elektronismus« beschriebenen Fehlentwicklungen von Taktik, Strategie und Ideologie der Partei, die den begrifflichen Rahmen der Darstellung bilden, sind ähnlich nicht nur von den dort erwähnten Erich Matthias<sup>9</sup> und Hans-Josef Steinberg<sup>10</sup> untersucht worden, sondern

5 Talcott Parsons, Das Problem des Strukturwandels: eine theoretische Skizze, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels, Köln/Berlin 1971, S. 35 – 54, hier S. 35 f.

6 Niklas Luhmann, Moderne Systemtheorie als Form gesamtgesellschaftlicher Analyse, in: Jürgen Habermas / Niklas Luhmann, Theorie der Geschichte oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung? Frankfurt 1971, S. 7 – 24.

7 Guenther Roth, The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and National Integration, Totowa (N. J.) 1963, bes. S. 8, 312, 315 f.

8 Vgl. Wolfgang Sauer, Das Problem des deutschen Nationalstaates, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Berlin 1966, bes. S. 430. – Sauer spricht ausdrücklich davon, daß »die Mehrheit einem freilich fragwürdigen Integrationsprozeß ausgesetzt« wird, während die Minderheit »einer Art sekundärer Integration« unterliegt; »denn obwohl bekämpft, wird sie doch gezwungen, im Gesamtverband auszuhalten«. Tatsächlich kommt Sauer Begriff der »sekundären Integration« dem Konzept Grohs und Roths von der negativen Integration sehr nah. Seinen Hauptunterschied zu Roth sieht Groh darin, daß er versucht habe, den Begriff der negativen Integration »systematisch ernst zu nehmen« und vor allem »seine sozialpsychologischen Momente zu entfalten« (S. 36).

9 Erich Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkriege, in: Marxismus-Studien, 2. Folge, hrsg. von Iring Fetscher, Tübingen 1957, S. 151 – 197.

10 Hans-Josef Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem Ersten Weltkrieg, Bonn-Bad Godesberg 1976.

gehören unter dem Einfluß dieser und anderer Autoren vor ihnen längst zu den erklärten Gegenständen jeder ernsthaften Untersuchung der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich etwa seit 1890. Die mangelnde Aktivierung der politischen Potenz der Partei, die zum Teil aus der Furcht vor einem Auseinanderbrechen der Parteieinheit herrührende Ablehnung aller vom linken und rechten Flügel vertretenen revolutionären oder reformistischen Strategien, die Gleichzeitigkeit und Verbindung radikaler Phrasen mit reformistischer Praxis, die Verstärkung des Immobilismus des politisch-gesellschaftlichen Gesamtsystems durch jenen Immobilismus und Traditionalismus, der von dem orthodoxen, in Kautskys Interpretation aller voluntaristischen Elemente entkleideten Marxismus ausging und die Politik der Parteiführung bestimmte – diese und andere Verhärtungen und Fehlentwicklungen sind für die Sozialdemokratie nicht erst in den letzten Jahren vor 1914, sondern schon in den Auseinandersetzungen mit den »Jungen« am Anfang der 1890er Jahre, mit dem Reformismus Georg von Vollmars und Eduard Bernsteins Revisionismus, zum Teil bereits in den innerfraktionellen Kämpfen während des Sozialistengesetzes zu registrieren<sup>11</sup>. Machtlosigkeit und Impotenz der Partei sind als Konsequenzen dieser Entwicklungen und als wesentliche Hindernisse auf dem Weg zum politischen und sozialen Fortschritt, letztlich sogar als Gefahr für den europäischen Frieden schon von dem großen französischen Sozialistenführer Jean Jaurès während des Internationalen Sozialistenkongresses in Amsterdam 1904 analysiert worden<sup>12</sup>. Sie stehen natürlich im engen Zusammenhang mit dem konstitutionell-politischen und gesellschaftlichen System des Bismarckreiches und seiner besonderen preußisch-obrigkeitsstaatlichen Prägung.

Groh sieht das Wilhelminische Reich der Spätphase gekennzeichnet durch einen »einzig durch Stagnation verzögerten Auflösungsprozeß« (S. 20). Meines Erachtens werden jedoch in der Behauptung einer Zunahme der Klassenspannungen und der ökonomischen Ausbeutung der industriellen Arbeiterschaft in den Jahren vor 1914 die Tendenzen zur graduellen Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage der Arbeiter übersehen, die Instabilität des Systems überschätzt und die neben der durchaus deutlichen Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte ebenfalls vor 1914 wachsenden Bemühungen bestimmter bürgerlicher und sozialdemokratischer Kreise zur Überbrückung und allmählichen Einebnung der Gegensätze nicht berücksichtigt. Nicht nur die Revolution von 1918 und die nationalsozialistische Machtergreifung 1933, sondern auch die Bildung des Interfraktionellen Ausschusses 1917, die Weimarer Koalition von 1919 und ihre erfolgreiche Arbeit in Preußen bis 1932 sowie der Ausbau des Netzes der sozialen Sicherheiten stehen in der Kontinuität der deutschen Geschichte. Schließlich wäre auch zu fragen, inwieweit die Krise des Deutschen Kaiserreiches zeitgenössisch wirklich einen Sonderfall darstellt und ob sich nicht z. B. im Immobilismus der französischen Innen- und Sozialpolitik vor 1914 oder in den scharfen sozialen Spannungen in Großbritannien und in den an den Rand eines Bürgerkrieges führenden Auseinandersetzungen über die irische Frage in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ähnliche, die innere Stabilität und Wandlungsfähigkeit der politisch-gesellschaftlichen Systeme in Frage stellende Belastungen finden.

Eine entscheidende Schwäche der Untersuchung liegt in der mangelnden Vertrautheit Grohs mit den Methoden und Ergebnissen der Arbeiten zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Zeitraums. Zwar wird immer wieder auf die konjunkturelle Lage, den Konzentrationsprozeß in der Industrie, auf Fragen der Zollpolitik und auf die staatliche Förderung des getreideanbauenden Großgrundbesitzes, auf die finanziellen Lasten der Rüstung für die ärmere Bevölkerung und auf die Entwicklung der Preise, Löhne und Einkommen hingewiesen. Diese Angaben werden jedoch meist zufällig ausgewählten, oft impressionistisch be-

11 Vgl. dazu z. B. *Gerhard A. Ritter*, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890 – 1900, Berlin 1963, bes. S. 82 ff., 87 ff., 95 ff. u. ö.

12 *Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam, 1904*, Berlin 1904, S. 35 ff.

schreibenden und auf ihre Richtigkeit nicht überprüften Darstellungen entnommen. Die zentralen Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes etwa über die Gewerbe- und Berufsstruktur werden nicht herangezogen. Die ökonomische und soziale Lage der Arbeiterschaft wird zwar immer wieder in mehr oder weniger verstreuten Bemerkungen erwähnt, nicht aber systematisch untersucht. Das gleiche gilt für die innere Differenzierung der Industriearbeiterschaft, für Probleme horizontaler Mobilität und sozialen Aufstiegs. Auch fehlen jegliche Angaben über die soziale Zusammensetzung von Mitgliedschaft und Anhängerschaft der Sozialdemokratie, die deshalb naiv als »Partei des Industrieproletariats« (S. 40), »Partei der Industriearbeiter« (S. 65), »Proletarische Klassenpartei« (S. 181) bzw. eine Partei, in der die Mitglieder der Berliner Organisation den »klassenbewußtesten Teil« darstellten (S. 561), bezeichnet wird. Die für jede eindringliche Analyse der Parteipolitik entscheidende Frage, ob die Flügelbildung in der Partei eine ihrer wesentlichen Ursachen nicht nur in dem unterschiedlichen gesellschaftlich-politischen Klima und der Verfassungsstruktur der deutschen Einzelstaaten, sondern auch in der unterschiedlichen Gewerbestruktur einzelner Regionen gehabt hat, wird nicht einmal gestellt, geschweige denn beantwortet. Es fehlt weiter jede ernst zu nehmende Analyse der Wahlergebnisse im Hinblick auf die Korrelation von regionalen und lokalen Stärken und Schwächen der Partei mit der Berufs- und Gewerbestruktur. Es ist weiter unverständlich, wieso das die Sonderstellung der Angestellten rechtlich fixierende Angestelltenversicherungsgesetz von 1911, dessen Vorgeschichte entscheidend zur Verbandsbildung innerhalb der Angestelltenschaft beitrug, wie überhaupt alle Fragen der die Partei, die Gewerkschaften und deren Anhängerschaft in besonderem Maße interessierenden Sozialpolitik außerhalb der Betrachtung bleiben. Schließlich wird auch das Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber den Bauern, den Landarbeitern und dem »älteren« gewerblichen Mittelstand, also den Schichten, die die Sozialdemokratie für die Gewinnung einer parlamentarischen Mehrheit benötigte, nicht behandelt.

Die Unsicherheit Grohs im Umgang mit den überhaupt nur sehr spärlich benutzten quantitativ-statistischen Quellen und sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Problemen zeigt sich auch in einer Reihe von Fehlern und Ungenauigkeiten. So geht es nicht an, zu der für die Gesamtinterpretation der zunehmenden Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte zentralen Frage der Entwicklung der Reallöhne nach 1900 einfach auf die unterschiedlichen Ergebnisse von Desai, Kuczynski, Phelps Brown/Hopkins und Bry<sup>13</sup> zu verweisen (S. 85 sowie weiter über Reallöhne S. 40, 44, 100, 106, 306, 465 f., 470 f.) und sich der Mehrheitsmeinung, daß nach der Jahrhundertwende keine oder höchstens geringfügige Steigerungen eingetreten seien, anzuschließen. Vielmehr hätte eine Überprüfung der Quellen und methodischen Grundlagen der erwähnten Werke ergeben, daß die Berechnungen von Desai, der eine Erhöhung der Reallöhne von 1900–1913 um fast 15 % feststellt<sup>14</sup>, die Ergebnisse der älteren Werke obsolet machen. Nach einer späteren Untersuchung von Thomas J. Orsagh<sup>15</sup> wird man wohl wegen der auch bei Desai noch gegebenen Überschätzung der Erhöhung der Lebenshaltungskosten die Steigerung der Reallöhne sogar noch höher ansetzen müssen.

13 *Ashok V. Desai*, *Real Wages in Germany 1871 – 1913*, Oxford 1968; *E. H. Phelps Brown / Sheila Hopkins*, *The Course of Wage Rates in five Countries, 1860 – 1939*, in: *Oxford Economic Papers*, 1950, S. 226 – 296; *Gerhard Bry*, *Wages in Germany 1871 – 1945*, Princeton 1960. Die Reallohnberechnungen von *Jürgen Kuczynski* werden nach einer älteren Veröffentlichung herangezogen; vgl. richtiger: *Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900*, Berlin – DDR 1962, S. 301 – 342, 411 f.; *ders.*, *Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 bis 1917/18*, Berlin – DDR 1967, S. 326 – 384, 419 – 430.

14 *Desai*, S. 125. Vgl. zur Interpretation der Zahlen weiter *Gerd Hohorst / Jürgen Kocka / Gerhard A. Ritter*, *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870 – 1914*, München 1975, S. 107 f.

15 *Thomas J. Orsagh*, *Löhne in Deutschland 1871 – 1913: Neuere Literatur und weitere Ergebnisse*, in: *Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft* 125, 1969, S. 476 ff.

Die These, daß die Zahl der wegen zu geringen Einkommens von der Steuer befreiten Personen zwischen 1891 und 1913 kaum zurückgegangen sei (S. 85), berücksichtigt nicht, daß in diesem Zeitraum die Zahl der rechtlich zur Zahlung der Einkommensteuer verpflichteten Zensiten von 2.436.000 auf 7.684.000 um über das Dreifache stieg<sup>16</sup>. Die in der Aussage von Groh implizierte Stagnation der Einkommen der unteren Schichten wird auch weiter durch die Statistik der preußischen Einkommensteuer widerlegt, nach der der Anteil der Personen (einschließlich ihrer Angehörigen), die ein Jahreseinkommen unter 900 Mark hatten, von 1896 bis 1912 von 67,2 % auf 39,8 % der Bevölkerung gefallen ist<sup>17</sup>.

In seiner Kritik an der überdurchschnittlichen Abnahme des Anteils des privaten Konsums am Nettosozialprodukt (S. 96), der nach den Untersuchungen von Walther G. Hoffmann von 80,3 % auf 74 % zwischen 1875/79 und 1910/13 zurückging, vergißt Groh zu erwähnen, daß dafür vor allem die starke Zunahme der Nettoinvestitionen von 11,1 % auf 15,5 %, die man als Zeichen einer expandierenden Wirtschaft ansehen muß, verantwortlich ist. Man wird z. B. kaum das Ansteigen der Quote des privaten Verbrauchs von 1930–34 auf 81,5 % (bei nur 2,6 % Nettoinvestitionen) als eine besonders positive und das Sinken des Anteils des privaten Konsums auf 65,5 % im Durchschnitt der Jahre 1955–59 (bei 16,1 % Nettoinvestitionen)<sup>18</sup> in einer Zeit rapider Expansion der deutschen Wirtschaft mit starker Steigerung der Realeinkommen als besonders negativ ansehen können. Die Wehrvorlage von 1913 hat nicht, wie Groh behauptet (S. 395), 4,7 % des Nettosozialprodukts ausgemacht. Vielmehr stellen die 4,7 % (oder 2,4 Mrd. Mark) den Gesamtbetrag *aller* Rüstungsausgaben für Heer, Marine und sonstige Rüstungsaufwendungen (einschließlich Militärpensionen, Invalidenversorgung, Schuldendienst der für militärische Zwecke aufgenommenen Anleihen, Kosten des Baus für strategische Bahnen usw.) dar. Die laufenden Ausgaben der Wehrvorlage von 1913 lagen mit unter 200 Millionen tatsächlich bei unter 0,4 %, die einmaligen Ausgaben mit ca. 800 Millionen bei etwa 1,6 % des Nettosozialprodukts.

Bei seiner Klage über das Fehlen von Untersuchungen über die Verbrauchsabrechnungen von Arbeiterhaushalten von staatlicher Seite (S. 102) ist Groh entgangen, daß die Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes im Jahre 1909 eine auf den Haushaltsrechnungen von 852 Familien und insgesamt 3952 Personen basierende »Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche« veröffentlicht hat<sup>19</sup>, deren Ergebnisse zusammen mit den von Groh ebenfalls nicht benutzten zahlreichen Untersuchungen über Arbeiterhaushalte von privater und gewerkschaftlicher Seite wichtiges Material für eine Analyse der ökonomischen und sozialen Lage der Arbeiterschaft enthält.

Mit der nicht ausreichenden sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fundierung der Untersuchung hängt auch zusammen, daß das Bild der Gewerkschaften blaß und ungenau bleibt. Die Freien Gewerkschaften werden offensichtlich als monolithischer Block gesehen und fast völlig mit den Gewerkschaftsführern in der Generalkommission und den Gewerkschaftsfunktionären in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion identifiziert. Die Struktur der Gewerkschaftsbewegung, ihre Stärken und Schwächen in den verschiedenen Regionen und Gewerbebezügen, die mittlere und untere Funktionärsschicht der Verbände wie auch

16 Vgl. *Walther G. Hoffmann / J. H. Müller*, Das deutsche Volkseinkommen 1851 – 1957, Tübingen 1959, S. 73 f. Die Zahl der von der Steuer Befreiten betrug 1891: 8.120.000, 1904: 8.842.000 und 1913: 7.987.000. Die Zahlen beziehen sich übrigens, was *Groh* übersieht, nicht auf das Deutsche Reich, sondern auf Preußen.

17 Vgl. *Karl Helfferich*, Deutschlands Volkswohlstand 1880 – 1913, Berlin <sup>5</sup>1915, S. 129.

18 Zahlen nach *Walther G. Hoffmann u. a.*, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 104.

19 2. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt: *Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche*, bearb. im Kaiserlichen Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik, Berlin 1909.

deren Mitglieder bleiben außerhalb der Betrachtung, die sich neben allgemeinen pessimistischen Aussagen über die Chancen gewerkschaftlicher Arbeit in den letzten Jahren vor 1914 fast völlig auf den Kontakt zwischen dem Parteivorstand sowie den Spitzen der preußischen Sozialdemokratie und der Generalkommission in der preußischen Wahlrechtsfrage beschränkt. Die These, daß angesichts der Stärkung der Arbeitgeberorganisationen, die übrigens im Gegensatz zu den Ausführungen Grohs (S. 103) auf regionaler und lokaler Ebene lange vor der Gründung des »Vereins deutscher Arbeitgeberverbände« und der »Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände« 1904 entstanden waren, und angesichts der Konzentration der Industrie und der zunächst uneinheitlichen, besonders ab 1913 abflauenden Konjunktur und einer anhaltenden Arbeitslosigkeit Streiks nach 1909/10 nur »minimale Erfolgchancen hatten« (S. 93) und generell eine »Verschlechterung der Position der Gewerkschaften« eingetreten sei (S. 306 ff.), läßt sich m. E. nicht aufrechterhalten. Die Mitgliedschaft der Freien Gewerkschaften ist von 1910–1912 um mehr als 25 % von 2 auf über 2 $\frac{1}{2}$  Millionen gestiegen. Der Anteil der *erfolgreichen* Angriffstreiks an allen Angriffstreiks lag nach der Statistik der Generalkommission nach der Zahl der beteiligten Personen 1911 erheblich (46,9 %), 1913 (32,1 %) leicht über dem Durchschnitt der Jahre von 1900 bis 1913 (31,0 %) und nur 1912 (16,3 %), beeinflusst durch den gescheiterten Streik von 235.000 Ruhrbergarbeitern im März 1912, wesentlich darunter. Bei den Abwehrstreiks liegt die Erfolgsquote in allen drei Jahren mit 55,7 %, 65,6 % und 62,1 % nach der Zahl der beteiligten Personen erheblich über dem Durchschnitt der Jahre von 1900 bis 1913 (50,9 %) <sup>20</sup>. Weiter übersieht Groh, daß Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zunehmend auch durch die sogenannten kampflosen Bewegungen, deren Teilnehmerzahlen nach 1909 ständig stiegen und erheblich über der der Teilnehmer an Streiks und Aussperrungen lagen <sup>21</sup>, erzielt wurden.

Die Schwäche im Umgang mit dem reichlich überlieferten statistischen Material der Bevölkerungs-, Berufs- und Gewerbezahlungen, der Lohn- und Einkommensstatistik, der amtlichen bzw. gewerkschaftlichen Streikstatistik spricht schließlich insbesondere aus dem unreflektierten, auf eine eingehende quantitative und qualitative Analyse verzichtenden Begriff der »Massen« – ein Mangel, der einmal mehr die Feststellung unterstreicht, daß diese Untersuchung trotz eines irreführenden Untertitels keine Gesamtdarstellung der Geschichte der Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkriegs, sondern lediglich in ihren ertragreichsten Partien eine Diskussion von Strategie und Taktik der Führungsschicht der Partei in den Bahnen traditioneller ideologie- und programmgeschichtlicher Untersuchungen bietet. Die »Massen« treten zwar wiederholt als »Resonanzboden« (Grebung) der Politik der Führer, als Initiatoren einzelner Aktionen, als Teilnehmer von Versammlungen, Streiks und Demonstrationen auf. So wenig wie ihre strukturelle Zusammensetzung, ihre soziale Lage, ihre Mentalität und ihre Verhaltensformen werden jedoch ihre Rolle in der Parteibürokratie und ihre Einwirkung auf die Parteipolitik thematisiert.

Groh verzichtet auch darauf, unter Auswertung der besonders in den letzten Jahren im größeren Umfang erschienenen und von ihm fast völlig ignorierten regional- und lokalhistorischen Untersuchungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung einen Eindruck von der Tätigkeit von Sozialdemokraten in den einzelstaatlichen Landtagen, den Stadtverord-

<sup>20</sup> Vgl. Anhang zum Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Jg. 24, 1914, Berlin 1914, S. 281.

<sup>21</sup> Vgl. ebda., S. 282. An Streiks und Aussperrungen nahmen von 1911 – 1913 insgesamt 1.053.828, an kampflosen Bewegungen 2.426.758 Personen teil. Bei den kampflosen Bewegungen waren nach der Zahl der beteiligten Personen 1911: 67,3 %, 1912: 69,4 % und 1913: 44,6 % erfolgreich in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Von den kampflosen Bewegungen zur Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die allerdings nach der Zahl der beteiligten Personen jeweils (zum Teil erheblich) unter 10 % der insgesamt an kampflosen Bewegungen Beteiligten ausmachten, waren nach der Zahl der beteiligten Personen sogar 1911: 88,0 %, 1912: 95,1 % und 1913: 76,5 % erfolgreich.

netenversammlungen und Gemeindevertretungen, den Magistraten und Gemeindevorständen<sup>22</sup> zu vermitteln. Da schließlich auch die Arbeit von Funktionären der Partei und der Gewerkschaften in den Vertretungskörperschaften der Sozialversicherung und den bergbaulichen Arbeiterausschüssen und die Bemühungen, in Gewerkschaftskartellen und Arbeitersekretariaten die Arbeiterschaft über die Ausschöpfung des Rechtsrahmens der Sozialversicherung zu beraten, Rechtsschutz zu gewähren und den gesetzlichen Arbeiterschutz durch zahllose örtliche Initiativen in Betrieben und Kommunen durchzusetzen, nicht gewürdigt werden, da ferner das umfangreiche Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebot der Arbeiterbewegung durch eine Fülle von nachgeordneten, mehr oder weniger selbständigen Sonderorganisationen nicht behandelt wird, gewinnt der Leser nicht einmal in Ansätzen ein Bild vom Charakter der Arbeiterbewegung als umfassender Emanzipationsbewegung.

Auch im engeren Bereich der Geschichte der Partei wird man den Verzicht, die verschiedenartige Ausprägung der Sozialdemokratie in den einzelnen deutschen Staaten und preussischen Provinzen zu skizzieren, die Organisation der Partei unterhalb der Ebene des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion zu analysieren sowie anhand von Case Studies über den Willenbildungs- und Entscheidungsprozeß die Machtstruktur der Partei zu verdeutlichen, bedauern müssen. Über die Bedeutung der Ortsvereine, Wahlkreisorganisationen, Bezirks- und Landesorganisationen für die Partei erfährt man – mit Ausnahme von einigen Bemerkungen über die preussische Landesorganisation – ebensowenig wie über die Finanzierung der Parteiarbeit.

Auch der »Staat« tritt fast nur in der Form der politischen Führungsspitzen von Reich und Preußen sowie in einigen Hinweisen auf diskriminierende Maßnahmen wie den Militärboykott von Lokalen, in denen sozialdemokratische Versammlungen stattfanden, wie die Ausschließung von Sozialdemokraten von Beamtschaft, Offizierskorps und Arbeitsplätzen in staatlichen Unternehmen auf. So kann nicht verständlich werden, daß die »negative Integration« von einzelnen Sozialdemokraten zuerst im tagtäglichen Gebaren und Vorgehen der unteren Verwaltungsbehörden, der Polizei und Justiz, und in der vielfältige Gestalt annehmenden gesellschaftlichen Isolierung und Diskriminierung erlebt wurde<sup>23</sup>.

Von dem breiten Spektrum der bürgerlichen Kräfte werden nur die nationalen Sammlungsbewegungen in Anlehnung vor allem an die erwähnten Darstellungen Werneckes und Stegmanns eingehend behandelt. Dagegen werden die im Wahlkampf und im Reichstag neben den Sozialdemokraten operierenden Parteien kaum erwähnt, und ihre Haltung sowohl zur Sozialdemokratie als auch zur Frage der Reform des Kaiserreiches bleibt außerhalb der Darstellung. Die Behauptung, daß alle bürgerlichen Parteien, wenn auch mit verschiedener Intensität, die Parlamentarisierung des Reiches und die Demokratisierung Preußens angestrebt hätten, wenn sie auch diese Politik nicht konsequent durch Taten verfolgten (S. 510), trifft weder für die Konservativen zu, die Groh offensichtlich nicht zu den bürgerlichen Parteien rechnet, noch für das Zentrum und die Nationalliberalen, die vor 1914 in ihrer Mehrheit mit den Einfluß der Parlamente steigernden, aber das konstitutionelle Regierungssystem erhaltenden Detailkorrekturen des bestehenden Verfassungssystems zufrieden gewesen wären und auch das Dreiklassenwahlrecht nicht einheitlich bekämpften.

22 Im Gegensatz zur Behauptung Grohs, daß Sozialdemokraten weder Gemeinderatsmitglieder noch Beigeordnete oder Bürgermeister werden konnten (S. 37), war das in einer Reihe vor allem süddeutscher Staaten möglich. So saßen nach den Angaben der Partei (*Protokoll des Parteitage von 1913*, S. 26 f.) 1913 in 65 Städten 133 und in 122 Landgemeinden 185 Vertreter der Sozialdemokratie in Magistraten, Stadträten und Gemeindevorständen, davon insgesamt 146 in Baden und 59 in Württemberg.

23 Vgl. dazu die Untersuchung von Klaus Saul, *Staat, Industrie und Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903 – 1914*, Düsseldorf 1974, die Groh bei Abfassung seines Buches als Dissertation (Hamburg 1971) zugänglich war.

Das durch eine Fülle von Wiederholungen unnötig umfangreiche Werk, dessen Benutzung durch das Fehlen eines Sachregisters erschwert wird, bringt zwar eine die bisherige Forschung zusammenfassende und in einzelnen Punkten erweiternde Analyse der Strategie und Taktik der Partei und der Haltung der Regierungsspitze ihr gegenüber, läßt aber viele weitergehende Wünsche offen. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei oder gar der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung der letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg muß daher noch geschrieben werden.

---